Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 10. Mai 2010

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel

Stadträtin Schwarz Stadtrat Dreher

Stadtrat Ferber (ab TOP 1.2) Stadtrat Gernhart (für SR Ballonier)

Stadtrat Hennrich Stadtrat Hofmann

Stadtrat Siebentritt (ab TOP 2)

Stadtrat K.-H. Scherf

VOAR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 -5, nichtöffentlich von TOP 6 - 7 und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.50 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bauanträge

1.1 <u>Ismail Salli, Kastanienstraße 10 – Errichtung eines Gartenpavillons</u>

Herr Salli möchte an der rückwärtigen Grenze seines Grundstücks einen 3 * 6 m großen Gartenpavillon errichten und hat eine entsprechende Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Steinäcker" beantragt, da das Vorhaben außerhalb der dort festgesetzten Baugrenzen verwirklicht werden soll.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

1.2 Bernd und Sandra Bauer, Rathausstraße 90 – Einbau von Dachflächenfenstern

Die Familie Bauer möchte im 2. Dachgeschoß ihres Wohn- und Geschäftshauses zwei Dachflächenfenster einbauen. Vorgesehen ist, daß Elternschlafzimmer in den Spitzboden zu verlegen, um den beiden Kindern getrennte Kinderzimmer einrichten zu können.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß mit 7:1 Stimmen, der Erteilung der denkmalschutzrechtlichen Erlaubnis durch das LRA Miltenberg zuzustimmen.

1.3 Sima Fern, Frankfurt – Umbaumaßnahmen am Wohnhaus Rathausstraße 65

Frau Fern ist am Erwerb des leerstehenden Wohnhauses Rathausstraße 65 interessiert. Sie möchte jedoch vor Abschluß eine Kaufvertrages geklärt wissen, ob folgende Umbaumaßnahmen an der Rückseite möglich sind:

- Einbau von Fenstertüren im Erdgeschoß und im Obergeschoß
- Einbau weiterer senkrecht stehender Fenster in der ersten Ebene des Mansarddaches
- Einbau liegender Dachflächenfenster in der zweiten Dachebene

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem im Grundsatz zu; die Verwaltung wurde beauftragt, zusammen mit dem Büro Neu eine Beratung der Bauherrin durchzuführen, um eine altstadtgerechte Ausführung der Arbeiten sicherzustellen.

1.4 <u>Fatih Gürbüz, Torfeldstraße 8 – Errichtung eines Carports und Abbruch eines Scheunengebäudes</u>

Herr Gürbüz möchte an der Nordostgrenze seines Grundstücks einen aufgrund seiner Größe verfahrensfreien Carport errichten. Aufgrund der vorhandenen Grenzbebauung ist jedoch eine isolierte Abweichung von den Abstandsflächenvorschriften durch das LRA Miltenberg zu erteilen.

Außerdem möchte Herr Gürbüz die zur Odenwaldstraße hin gelegene Scheune abbrechen, da sie aus seiner Sicht baufällig ist und er seine Hoffläche vergrößern möchte.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte der Errichtung des Carports zu. Eine vollständige Niederlegung der Scheune wird jedoch abgelehnt, da diese prägend für das Stadtbild in der Odenwaldstraße ist. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem Büro Neu eine Lösung zu entwickeln, die sowohl den Interessen des Eigentümers als auch denen der Stadt gerecht wird. Denkbar ist dabei, die Wandscheibe entlang der Odenwaldstraße zu erhalten und mit einem verkürzten Dach zu versehen. Außerdem soll angestrebt werden, die mit Ziegelsteinen verschlossene Maueröffnung mit Sandsteinen auszufüllen, um die Störung des Straßenbildes zu verringern.

2. Beseitigung von ungenehmigten baulichen Anlagen – Sachstandsbericht

In den letzten Wochen hat das Landratsamt Miltenberg Beseitigungsanordnungen für verschiedene bauliche Anlagen erlassen, die ungenehmigt im Bereich zwischen Breitenbach und Mühlgraben errichtet worden waren. Ein Teil der Gebäude wurde zwischenzeitlich entfernt; einige Eigentümer beabsichtigen jedoch eine rechtliche Klärung beim Verwaltungsgericht Würzburg. Dabei wird als Argument u.a. auch die bisherig Duldung der Kleingärten auf dem ehemaligen Bullenacker.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm hiervon Kenntnis. Es bestand Übereinstimmung darin, daß ein Rückbau der Gartenhütten auf dem Bullenacker anzustreben ist. Die Verwaltung soll eine Kündigung der dort abgeschlossenen Pachtverträge prüfen.

3. Friedhof

3.1 Ausweisung von Urnenerdgräbern

Mit Schreiben vom 08.02.2010 hat die CSU-Stadtratfraktion beantragt, im Friedhof ein Urnengrabfeld als Ergänzung zur Urnenwand anzulegen. Die Gräber sollten dabei nur mit einer ebenerdigen Steinplatte verschlossen werden.

Der Bau- und Umweltausschuß hatte in seiner Sitzung vom 30.03.2010 die hierfür infrage-kommenden Bereiche hinter der Friedhofskapelle und in der Abteilung 1 in Augenschein genommen. Der Ausschuß hatte die Verwaltung beauftragt, entlang der Friedhofsmauer zur Landstraße hin die Anlage eines Urnengrabfeld zu skizzieren. Dabei sollen die Gräber eine Länge von ca. 80 cm und ein Breite von ca. 65 cm erhalten.

Diesem Auftrag entsprechend hat die Bauverwaltung zwei Lösungsvorschläge erarbeitet. Variante 1 geht von ebenerdigen Grababdeckungen aus und ermöglicht in zwei Reihen insgesamt 36 Grabplätze in der Größe 80*60 cm. Variante 2 würde die Aufstellung von stehenden Grabsteinen ermöglichen, was allerdings die Grabfläche auf 70*60 cm reduziert. Auf diese Weise könnten 42 Grabfelder entstehen.

Vor- und Nachteile stehender bzw. liegender Grabsteine wurden im Ausschuß intensiv erörtert. Dabei wurde schließlich die Verwendung schräg liegender Platten vorgeschlagen. Die Verwaltung wurde beauftragt, entsprechende Muster anzufertigen, die bei der nächsten Ausschußsitzung vor Ort in Augenschein genommen werden sollen.

Darüberhinaus wurde die Verwaltung beauftragt, die Ergänzung der Friedhofssatzung und der Gebührensatzung hierzu vorzubereiten. Dabei soll festgesetzt werden, daß auf dem Urnengrabfeld keine Wahlmöglichkeit besteht, sondern die Grabstellen der Reihe nach zu belegen sind.

3.2 Innensanierung der St. Martinskapelle

Die Verwaltung ist derzeit bestrebt, die Kosten für die gewünschte Innensanierung der St. Martinskapelle zu ermitteln, um den entsprechenden Mittelbedarf für die Haushaltsplanung anmelden zu können.

Für die notwendigen Putz- und Malerarbeiten im Innern hat die Fa. Löwen-Restaurierung einen Aufwand von ca. 16.300 € ermittelt. Hierin ist auch die Reinigung des Altars und der aufgestellten Heiligen- und Jesusfiguren enthalten. Noch zu ermitteln sind die Koten für die Erneuerung des Fußbodens und die Sanierung des Dachreiters.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm dies zur Kenntnis. Nach Eingang aller Kostenberechnungen soll eine Begehung durch den Ausschuß stattfinden. Die Verwaltung wurde beauftragt, zwischenzeitlich mögliche Förderwege zu erkunden und dabei auch eine Verwendung des Vermögens des aufgelösten Bürgervereins zu prüfen.

4. <u>Errichtung einer WC-Box am Obertor</u>

Für die notwendige Außentreppe zur Erschließung des Turmes hat Herr Stendel eine neue Planung entwickelt, die er dem Bau- und Umweltausschuß in dessen Sitzung am 23.02.2010 vorstellte. Vorgesehen ist nunmehr eine einläufige Treppe, die aufgrund ihrer Länge mit einem kleinen Zwischenpodest zu versehen ist. Dadurch ragt sie ca 1 m in die Hofeinfahrt des benachbarten Anwesens Bauer, die dieser Lösung jedoch bereits zugestimmt haben. Als Abtrennung zum Nachbargrundstück soll eine Stahlscheibe errichtet werden. Über der Stadtmauer soll in Richtung Landstraße eine kleine Aussichtskanzel entstehen. Als weitere Gestaltungselemente hat Herr Stendel ein Podest ähnlich wie am Tannenturm und eine ca 2 m lange Sitzbank vorgeschlagen.

Unter der Treppe könnte zeitgleich oder später eine Stahlbox mit einer kleinen öffentlichen Toilettenanlage errichtet werden. Die Kosten hierfür schätzte Herr Stendel auf ca. 30.000 € ein.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte der vorgestellten Planung damals mit folgenden Maßgaben zu:

Die vorgesehene Bank soll entfallen, das Podest der Treppe soweit wie möglich verkleinert werden. Auf dem Zwischenpodest soll eine kleine Tür angebracht werden, die einen Zugang zur Kanzel bei geschlossenem Turm verhindert

Für die denkbare WC-Anlage sollen in jedem Fall Ver- und Entsorgungsleitungen vorgesehen werden. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit der Regierung von Unterfranken die Möglichkeit einer Bezuschussung der Anlage aus Städtebauförderungsmitteln zu klären.

Zwischenzeitlich hat Herr Stendel für die WC-Anlage eine qualifizierte Kostenberechnung erstellt, die mit brutto 63.000 € abschließt. Die Klärung der förderrechtlichen Fragen soll in einem Gespräch mit der Regierung von Unterfranken am 17.05.2010 erfolgen.

Im Bau- und Umweltausschuß wurden angesichts des Ergebnisses der Kostenfortschreibung deutliche Vorbehalte gegen eine Umsetzung geäußert. Vor einer Beschlußfassung im Stadtrat soll das Ergebnis des Fördergesprächs abgewartet werden.

5. <u>Einbau einer Aufzugsanlage im Rathaus</u>

In seiner Sitzung vom 30.03.2010 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung beauftragt, Einsparungspotentiale für den geplanten Einbau eine Aufzugsanlage im Rathaus zu ermitteln, nachdem eine Kostenberechnung des Büro Kaufmann für eine Anlage zwischen Eingangs- und Dachgeschoß mit brutto 177.761,53 € abgeschlossen hatte.

Zwischenzeitlich hat das Büro sowohl den Verzicht auf eine Haltestelle im Dachgeschoß als auch alternative technische Lösungen untersucht. Danach ist bei einem konventionellen Aufzug zwischen Erdgeschoß und 2. Obergeschoß ein Aufwand von 116.500 € zu erwarten.

Der Einbau eines Personenlifters würde etwa 71.700 € kosten, was einer Einsparung von etwa 44.800 € entspricht. Allerdings ist dieser Lifter nur mit einem speziellen Schlüssel zu betreiben und deshalb nicht barrierefrei. Er kann für die öffentliche Einrichtung Rathaus nicht empfohlen werden.

Der Bau- und Umweltausschuß schloß sich dieser Einschätzung an und beauftragte die Verwaltung, für den Einbau einer konventionellen barrierefreien Aufzugsanlage zwischen Erdgeschoß und 2. Obergeschoß eine beschränkte Ausschreibung durchzuführen. Die notwendigen Haushaltsmittel sollen im Haushaltsplan 2010 vorgesehen werden.

6. <u>Anbau einer Krippengruppe an die Kindertagestätte "Rasselbande" – Vergabe der Elektroinstallation</u>

Im Rahmen der öffentlichen Ausschreibung hatte die Fa. Ziesler, Obernburg, für die Elektroinstallation im Anbau der Kindertagesstätte "Rasselbande" mit 49.086,38 € das wenigstnehmende Angebot abgegeben. Die Kostenberechnung vom September 2009 hatte für dieses Gewerk mit 25.475,00 € abgeschlossen. Am 22.02.2010 hatte das planende Büro Wüst angezeigt, daß aufgrund von Anforderungen des Landratsamtes Miltenberg erhöhte Aufwendungen für eine Hausalarmlage, Blitzschutz/Erdung und Sicherheitsbeleuchtung entstehen. Die Kostenberechnung wurde deshalb auf 54.800 € abgeändert.

In seiner Sitzung vom 30.03.200 hatte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung beauftragt, vor einer Auftragsvergabe zunächst das Ergebnis weiterer Gespräche mit dem LRA zum Umfang der erforderlichen Brandschutzmaßnahmen abzuwarten. In diesen Gesprächen konnte eine deutliche Reduzierung der Anforderungen erreicht werden. Hierdurch reduziert sich die Auftragsumme um 7.404,93 € auf noch 41.681,45 €. Die Verwaltung hat auf dieser Basis den Auftrag an die Fa. Ziesler vergeben.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem zu.

7. <u>Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben</u> – Mitwirkung bei der Standortfindung für Funkanlagen

Mit Schreiben vom 09.04.2010 hat das Bayerische Staatsministerium des Innern die Gemeinden gebeten, bei der Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) unterstützend mitzuwirken. Dies gilt insbesondere für die Findung von Funkstandorten, wobei derzeit jedoch noch nicht bekannt ist, ob in der Stadt Wörth ein solcher überhaupt notwendig ist.

Der Stadtrat nahm dies zur Kenntnis. Es wurde übereinstimmend der Wunsch geäußert, den BOS-Funk möglichst an die Mobilfunkstation am Schneesberg anzukoppeln.

8. <u>Sicherung des Gewölbekellers Rathausstraße 41 (ehem. Slatina)</u>

Mit Schreiben vom 28.04.2010 haben insgesamt 17 Anwohner der Rathaus- und der Mainstraße die Stadt gebeten, für ein Verbesserung des Zustands auf dem Grundstück Rathausstraße 41 (ehemals Slatina) zu sorgen. Der verbliebene Kelle sei einsturzgefährdet und völlig ungesichert, sodaß er immer wieder von Kindern zum Spielen genutzt werde.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, beim Insolvenzverwalter Löschan die Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht anzumahnen. Ein eigenes Tätigwerden der Stadt wird derzeit als nicht sinnvoll angesehen. Zusätzlich soll die Stadt nach Investoren für eine Nachnutzung der Fläche, z.B. in Kombination Gastronomie/Öffentliche Freifläche, suchen.

9. Anfragen

 Stadtrat Hofmann wies erneut auf die quasi gewerbliche Nutzung eines Grundstücks in der Kastanienstraße hin, wo Kühlgeräte repariert, verarbeitet und entsorgt werden. Obwohl das LRA den Fall bereits untersucht, ein Einschreiten aber abgelehnt hat, soll es nochmals zum Tätigwerden aufgefordert werden. Auf Anfrage von Stadtrat Hennrich teilte Bgm. Dotzel mit, daß die Ahornbäume in der Bayernstraße in den vergangenen Monaten auf Sicht kontrolliert wurden. Je nach Art der notwendigen Pflegemaßnahmen wurden an den Bäumen verschiedene Markierungen angebracht. Zwischenzeitlich wurde mit der Fa. Arndt, Erlenbach, vereinbart, im Herbst vor dem
Samenfall den Pflegerückschnitt durchzuführen und damit die Beeinträchtigung für die Anlieger zu minimieren.

Wörth a. Main, den 19.05.2010

Dotzel Erster Bürgermeister A. Englert Protokollführer